

## **„Ein bemerkenswert guter Mensch“** Über James Tobin und die „Tobin-Tax“

Karl-Heinz Brodbeck

„Ich bin ein Elfenbeinturm-Ökonom“, soll James Tobin gesagt haben, als John F. Kennedy ihn 1961 in sein wirtschaftliches Beratergremium, den *Council of Economic Advisers*, berufen wollte. „Das ist in Ordnung“, habe der Präsident entgegnet, „mich hat man einen Elfenbeinturm-Präsidenten genannt“.

James Tobin, der am 11. März 2002 in seinem Heimatort New Haven im amerikanischen Bundesstaat Connecticut gestorben ist, war allerdings das genaue Gegenteil dessen, was in der Gegenwart vielen Ökonomen als Vorwurf gemacht wird: Weltfremde Elfenbeinturmwissenschaftler zu sein. Kaum ein Ökonom in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hat solch vielfältige und nachhaltige Impulse auf die praktische Politik ausgeübt, wie James Tobin.

Er ist heute vor allem durch seinen bereits 1971 gemachten, 1978 detailliert ausgearbeiteten Vorschlag zur Besteuerung des Devisenhandels („Tobin-Tax“) bekannt geworden, der von der Politik vermehrt aufgegriffen wird: 1993 diskutierte das Europäische Parlament die Möglichkeit einer Tobin-Steuer, auch Lionel Jospin trat als Befürworter auf, und die deutsche Entwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul ließ jüngst verlauten: „Die Grundidee des amerikanischen Nobelpreisträgers James Tobin klingt überzeugend“. Seine eifrigsten Anhänger fand Tobin allerdings in der Anti-Globalisierungsbewegung – keineswegs zu seiner Freude: „Die missbrauchen meinen Namen“, kritisierte er in einem SPIEGEL-Gespräch. Die Organisation Attac verwendete ursprünglich sogar Tobins Namen: „Action pour une Taxe Tobin d'aide aux citoyens“, hat ihn inzwischen aber – auch aufgrund der Kritik Tobins – durch „Taxation des Transaction financières“ ersetzt.

Doch Tobins Werk umfasst sehr viel mehr als nur seine Vorschläge zur Zählung der internationalen Devisenmärkte. Er beeindruckte Kollegen und Politiker ebenso durch einen klaren analytischen Verstand wie eine Ethik, die er selbst als „Liberalismus mit menschlichem Gesicht“ bezeichnete. Paul Krugman schreibt in seinem Nachruf in der New York Times: Tobin war „ein großer Ökonom und ein bemerkenswert guter Mensch“.

Geboren wurde Tobin am 5. März 1918 in Champaign, Illinois. Er wurde früh geprägt durch die Erfahrung der Arbeitslosigkeit in der Zeit der Großen Depression der 30er Jahre. Seine Studienzeit in Harvard war bestimmt von der Diskussion der damals brandneuen Lehren von John Maynard Keynes. Tobin beschloss sein Studium in Harvard 1947 mit dem Ph.D., nach einer Unterbrechung durch seinen Kriegsdienst. Ab 1950 lehrte Tobin in Yale, wobei er in seiner Autobiografie die Zeit als Direktor der in Yale angesiedelten *Cowles Foundation for Research in Economics* (1955-1961) als besonders fruchtbar bezeichnete. Diese Organisation beschäftigt sich vor allem mit mathematischen und statistischen Anwendungen in der Ökonomie und verdankt Tobin wesentliche Beiträge.

Sein Ruf als Wissenschaftler führte im Jahre 1961-62 zu seiner Berufung als Mitglied von Kennedys Beratergremium. Gemeinsam mit Walter Heller und Kermit Gordon verfasste er den *Economic Report* des Jahres 1962, der durch seine Vorschläge zur Steuersenkung als klassisches Lehrstück keynesianischer Wirtschaftspolitik in die Wirtschaftsgeschichte eingegangen ist. Diese Politik leitete eine Periode des wirtschaftlichen Aufschwungs ein und mach-

te bis in die Mitte der 70er Jahre den Keynesianismus zur weitgehend akzeptierten wirtschaftspolitischen Konzeption in den westlichen Ländern.

Für seine theoretischen Arbeiten erhielt Tobin im Jahre 1981 den Wirtschaftsnobelpreis – ein Zeitpunkt, der mit dem Beginn der *Reagenomics* zusammenfiel, die Tobin von Anfang an kritisiert hat. Er sagte als Resultat dieser Politik eine erhebliche Vergrößerung der Kluft zwischen Arm und Reich voraus, die heute nicht nur in den USA zu einer Tatsache geworden ist.

Tobin vertiefte und erweiterte die Keynesische Theorie vielfältig; sein zentrales Thema blieb allerdings das Geld und seine Funktion in der Wirtschaft. Die wichtigste These der keynesianischen Theorie besagt: Das Geld hat auf die reale Wirtschaft einen direkten – hemmenden oder belebenden – Einfluss. Geld ist nicht nur eine Art „neutrales“ Schmiermittel für die Wirtschaftsmaschine. Tobin konnte zeigen, dass bereits die Geldhaltung für reine Kauf- und Verkaufsprozesse („Transaktionskasse“) vom Zinssatz beeinflusst wird. Er entwickelte eine heute allgemein gebräuchliche Analysemethoden, mit der Investitionsentscheidungen als Wahl zwischen verschiedenen Anlageformen unter Einbeziehung des jeweiligen Risikos beschrieben werden („Portfolioanalyse“). Weil Anleger zwischen Investitionen in Realkapital und Finanzanlagen abwägen, kommt es zu vielfältigen Wechselwirkungen zwischen den Güter- und Finanzmärkten. Es waren diese Arbeiten zur Portfolioanalyse, die in der Begründung des Nobelpreiskomitees besonders gewürdigt wurden.

Während sich Keynes vorwiegend auf kurzfristige Fragestellungen konzentrierte, erweiterte Tobin den Betrachtungskreis und konnte zeigen, dass Änderungen des Geldwertes einen wichtigen Einfluss auch auf die reale Kapitalbildung haben. Moderate Inflationsraten verschieben auch langfristig die Gewichte im Anlageportefeuille zugunsten realer Investitionen. Der Monetarismus behauptet dagegen, dass das Geld neutral sei und allenfalls kurzfristig reale Effekte auslösen könne. Eine Reihe neuer Studien, die auf einen positiven Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und niedrigen, aber positiven Inflationsraten hinweisen, sowie die Erfahrungen mit deflationären Tendenzen z.B. in Japan haben das Interesse an Tobins Arbeiten zur Wechselwirkung zwischen Geld und Wirtschaftswachstum erneut geweckt.

Tobin teilte nicht die Auffassung vieler Wirtschaftswissenschaftler, dass die Gleichzeitigkeit von Inflation und Arbeitslosigkeit („Stagflation“) in den 70er Jahren eine andere – die monetaristische – Theorie erforderlich mache. Die Keynesianer hatten bis dahin geglaubt, dass es zwischen der Höhe der Arbeitslosigkeit und der Inflationsrate einen negativen Zusammenhang geben muss („Phillips-Kurve“), der es der Politik ermögliche, die Arbeitslosenrate durch die Geldpolitik zu beeinflussen. Milton Friedman, der Begründer des modernen Monetarismus, hatte das bestritten und behauptet, dass ein gewisses „natürliches“ Niveau der Arbeitslosigkeit nicht dauerhaft unterschritten werden könne. Tobin lehnte diesen Gedanken entschieden ab; er sah in der Stagflation nur einen historischen Sonderfall, eine Folge des Vietnamkrieges und des Ölpreisschocks von 1973.

Wenn in der gegenwärtigen Rezession vielfach von einer Wiederkehr des Keynesianismus gesprochen wird, so ist dies nicht zuletzt auch das Ergebnis der beharrlichen Überzeugungsarbeit Tobins. Nicht verlegen um eine deutliche Aussprache, bezeichnete der „Jünger von Keynes“, wie er sich selbst nannte, die in den 80er und 90er Jahren populäre Angebotsökonomie schlicht als *nonsense*, der die alten Probleme ungelöst ließ und (auch global) nur zur Vergrößerung der Einkommensunterschiede beigetragen hat. Kaum einer der Angebotstheoretiker, sagte Tobin rückblickend in einem Interview aus dem Jahr 1996, arbeitet heute noch am angebotstheoretischen Forschungsprogramm, und „was die US-Notenbank praktiziert, ist meistens Mainstream-Keynesianismus.“ Erinnert man sich an das Lob, das Milton Friedman

der Geldpolitik des Notenbankchefs Alan Greenspans spendete, so wird Tobins ironische Frage verständlich, ob Friedman überhaupt je tatsächlich Monetarist gewesen sei.

Eine von ihm eher unerwartete Bekanntheit beim breiten Publikum erlangte Tobin allerdings erst in den letzten Jahren durch einen Vorschlag, den er zuerst 1971 als Antwort auf den Zusammenbruch des Systems fixer Wechselkurse machte: Die Tobin-Tax. Ursprünglich konzipiert als Instrument, Wechselkursschwankungen zu mildern, erweiterte sich die Zielrichtung dieses Vorschlags und entfaltete ein Eigenleben: Viele Anhänger der Tobin-Tax sehen heute darin ein Instrument zur Eindämmung spekulativer Kapitalbewegungen – mit dem positiven Nebeneffekt, durch Steuereinnahmen erhebliche Finanzmittel zur internationalen Armutsbekämpfung zu erhalten.

Weltweit wurden in den letzten Jahren täglich Devisentransaktionen von etwa 1,2 bis 1,5 Billionen US-Dollar getätigt. Einer dem Europäischen Parlament vorgelegten Studie zufolge kann der spekulative Anteil am Devisenhandel auf gut 95% geschätzt werden. Um Spekulationen gegen die eigene Währung abzuwehren, sehen sich viele Länder gezwungen (wie wiederholt in Südamerika und Asien), die Zinsen stark zu erhöhen und somit der heimischen Wirtschaft der Geldhahn zuzudrehen. Tobin hat deshalb vorgeschlagen, auf Devisentransaktionen eine Steuer von 0,05 bis 0,1% zu erheben. „Mein Hauptziel bei der ‚Tobin-Tax‘ war“, sagt Tobin, „ein gewisses Maß an nationaler Autonomie in der Geldpolitik zu wahren.“ Kurzfristige, spekulativ motivierte Geldbewegungen werden dadurch erheblich verteuert, langfristige Devisengeschäfte in Verbindung mit dem internationalen Warenhandels dagegen kaum belastet. „Bei einem einmaligen Transfer ist eine Steuer von 0,05 Prozent zu vernachlässigen, aber wenn man sie einmal pro Woche bezahlen muss – weil die Spekulation derart häufige Transaktionen erforderlich macht –, senkt sie die jährliche Rendite“.

Obgleich Tobin sehr klar sagt, seine Absicht sei „Sand ins Getriebe“ der spekulativen Prozesse zu streuen, um die nationalen Volkswirtschaften vom „Diktat der Finanzmärkte“ zu befreien, verteidigte er doch nachdrücklich den freien Welthandel und die internationalen Institutionen (Weltbank, UNO, IWF) – im Unterschied zu radikalen Gegnern der Globalisierung.

James Tobin, der „Archetypus eines Wirtschaftswissenschaftlers des späten 20ten Jahrhunderts“ (P. A. Samuelson) war ein herausragender Verfechter jener keynesianischen Synthese von Markt und Staat, der es nach 1945 gelungen ist, divergierende wirtschaftliche Tendenzen in den USA und Europa durch makroökonomische Politik zu mildern. Der Neoliberalismus hat im Ruf nach einer Deregulierung der Märkte diese Synthese aufgekündigt und wird nun – keineswegs nur bei Demonstrationen am Rande internationaler Wirtschaftsgipfel – selbst zur Zielscheibe der Kritik.

Tobin plädierte immer wieder dafür, einen Ausgleich der Einkommensunterschiede auch global zu erreichen. Diese Kluft zwischen Arm und Reich ist eine Hauptquelle jener Gegensätze, die heute vermehrt mit kriegerischen Mitteln ausgetragen werden. Als Mitbegründer von E-CAAR (*economists allied for arms reduction*) befasste er sich noch in seinem letzten Aufsatz mit der Beziehung zwischen Wirtschaftspolitik und Krieg. Dieses Anliegen, die ökonomischen Probleme zu lösen, um Kriege zu verhindern, darf als Tobins Vermächtnis für das 21. Jahrhundert gelten.